

FORUM

Europas Herausforderungen: Wirtschaft – Währung – Energie. Erste Vigoni Lecture

*Günther H. Oettinger**

Der Villa Vigoni fühle ich mich verbunden seit Ende der 1980er Jahre. Sie wurde damals von Paul Harro Piazolo geleitet, einem legendären Amtschef im baden-württembergischen Kultusministerium, der dann im Ehrenamt dort seine kreative Arbeit fortsetzte. Die Villa Vigoni liegt Baden-Württemberg geografisch näher als Berlin; sogar Mailand liegt Baden-Württemberg näher als Berlin. Deswegen: Willkommen in der deutschen Hauptstadt. Schön, dass die Villa Vigoni ihre Ausstrahlung erweitert. Und ich würde mir wünschen, dass die Villa Vigoni und das Institut für Europäische Politik e.V. als Veranstalter nach ersten Veranstaltungen in den beiden Hauptstädten einmal nach Brüssel kommen, zur dortigen starken italienischen und deutschen Community und zu anderen Europäern, die sehen, dass zwei Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft weit über ihre eigene Heimat hinaus ausstrahlen.

Werner Hoyer¹ beglückwünsche ich zur Berufung in die Europäische Investitionsbank, ich freue mich sehr darüber. Wir brauchen uns gegenseitig und sollten alles dafür tun, dass wichtige Aufgaben der europäischen Infrastruktur auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit umgesetzt werden, denn eine moderne Infrastruktur ist die Grundlage für Wachstum und für europäische Wettbewerbsfähigkeit.

Wir brauchen eine wettbewerbsfähige industrielle Basis in der Europäischen Union!

Unser Modell war ja eigentlich auf Wachstum aufgebaut. Ich erinnere mich gut, dass wir manche Frage der Haushaltskonsolidierung, manche Frage des Arbeitsmarktes oder der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in einigen Regionen Europas durch Wachstum lösen wollten. Vermutlich müssen wir feststellen, dass das erste Halbjahr 2011 für die Wirtschaft Europas, für das Wachstum der Wirtschaft Europas und auch der Deutschlands, das beste Halbjahr überhaupt war, wenn man die drei Jahre davor und die absehbaren Jahre danach vergleicht. Also kommen für viele Aufgabenfelder, die wir haben, nicht durch Wachstum erleichternde Potenziale, sondern erschwerende Umfeldbedingungen auf uns zu.

Christine Lagarde hat die Frage gestellt: Stehen wir in einem verlorenen Jahrzehnt? Die Frage ist nicht rhetorisch. Die Antwort darf nicht „Ja“ lauten. Wir müssen in diesem Jahrzehnt erreichen, dass es für die nächste Generation, dass es für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze Europas, die Lebensqualität unserer Bürger und die Infrastruktur kein verlorenes Jahrzehnt wird, sondern dass Europa diese Voraussetzungen verändert und wettbewerbsfähig bleibt.

Die Gründe, warum und wie schnell Deutschland aus der Krise gekommen ist, sind: Zuerst durch eine konkurrenzfähige Industrie, durch industrielle, gewerbliche, technische

* Günther H. Oettinger, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Energie, Brüssel.

1 Der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, hatte einleitend ein Grußwort gesprochen.

Wertschöpfung und durch Qualität im Handwerk und der Dienstleistung. Deswegen ist meine erste Aussage: Wir brauchen mehr Industrie in der Europäischen Union. Wir haben viele Regionen ohne Industrie und wir haben einige Regionen mit zu wenig Industrie. Italien ist ein industriell geprägtes Land. Die Po-Ebene mit Turin, Mailand, Brescia, Bologna, über Venedig hinunter bis Rom: Industrie, Produkte im Maschinenbau, in der Elektrotechnik, in der Textilwirtschaft, im Sondermaschinenbau, im Fahrzeugbau auf hohem bis höchstem Niveau. Aber die Zahl vergleichbarer Regionen, wie es Norditalien ist oder wie es wichtige Teile Deutschlands sind, ist in Europa tendenziell zu gering. Das heißt: Ich glaube, dass Deutschland und Italien an der industriellen Wertschöpfung und deren globaler Wettbewerbsfähigkeit anknüpfen sollten, wobei darauf zu achten ist, dass sich beides auch ergänzt. Dort wo die Italiener Stärken haben, zum Beispiel Design, haben die Deutschen Schwächen. Da wo Deutschland Stärken hat, ist Italien noch ausbaubar. Deshalb ist für mich die industrielle Führung Europas ein Thema, bei dem gerade die Partnerschaft Italiens und Deutschlands eine Stärke werden kann.

Italiens neue Rolle in Brüssel

Wir haben am 8. und 9. Dezember 2011 wichtige Absichtserklärungen und Entscheidungen des Europäischen Rates in Brüssel erlebt. Ich bin dankbar, dass Italien in Brüssel wieder bemerkbar geworden ist, wohlthuend und konstruktiv. Ich möchte Italien mit Mario Monti, der Brüssel und Europa wie wenige andere kennt und europäisch gebildet und geprägt ist, wünschen, in den Kreis der europäischen Lokomotivstaaten zurückzukehren, damit nicht plötzlich die Vorrangstellung von ‚Paris‘ und ‚Berlin‘ ein Nachteil für die europäische Entwicklung und Integration wird. Wenn Italien in den Kreis zurückkehrt, Lokomotivstaat wird, damit an die Gründung der Europäischen Union und die Geschichte anknüpft und seine eigenen Aufgaben löst und europäisch wieder stärker handlungsfähig und mitwirkungsinteressiert wird, tut dies der europäischen Idee sehr, sehr gut und kommt, glaube ich auch, Deutschland zu pass. Italien muss sich in Brüssel zurückmelden mit seinem wirtschaftlichen Gewicht, seiner großartigen Kultur, seiner historischen Bedeutung und dieser ergänzenden Funktion auf gleicher Augenhöhe mit ‚Paris‘ und ‚Berlin‘.

Deutschlands Dividende aus der europäischen Integration

Wir haben eine Staatsschuldenkrise, die eine europäische, aber nicht nur eine europäische ist. Ich behaupte, im Grunde genommen sind die OECD-Staaten am Ende ihres „Geschäftsmodells“ angelangt. Wir haben 40 Jahre lang über unsere öffentlichen Verhältnisse gelebt, wir haben 40 Jahre lang durch ergänzende Neuschulden unsere Versprechen und Erwartungen erfüllt und finanziert. Das gilt für Japan innerhalb der OECD, das gilt für die USA innerhalb der OECD, das gilt für Großbritannien innerhalb der Europäischen Union und außerhalb der Eurozone und es gilt für die Eurozone insgesamt.

Es gilt auch für Deutschland. Manche sagen, Deutschland, sei die Lösung, ich sage, Deutschland ist mit allen gemeinsam auf einem Lösungsweg, aber nicht die Lösung per se.

Deutschland liegt bei 82 oder 83 Prozent Gesamtverschuldung im Verhältnis zu seinem Bruttosozialprodukt, also in etwa im europäischen Durchschnitt, im Mittelfeld. Deswegen ist meine Bitte an die deutsche Öffentlichkeit, wenn wir, was durchaus legitim ist, mit Sorgen auf Griechenland, mit Erwartungen auf Italien, mit Pressionen auf Spanien, Portugal und Irland schauen, dann müssen wir begreifen, dass die, die in der Tabelle schlechter als

Deutschland sind, nicht die ganze Tabelle sind. Deutschland ist im Mittelfeld und wenn man dann nur auf die Absteigerplätze schaut, aber verdrängt, dass es Bessere als Deutschland gibt und zwar in der Struktur deutlich bessere Staaten, ist dies keine gerechte Gesamtbetrachtung.

Es gibt EU-Staaten, die in ihrer Struktur, ihren öffentlichen Budgets deutlich besser sind, als es Deutschland ist. Vor allem wenn man unsere besonderen Erwartungen künftiger Rentengenerationen und die Rechtsansprüche künftiger Pensionäre bedenkt. In keinem europäischen Staat, in kaum einem Staat weltweit nimmt die Zahl der Steuerzahler so dramatisch ab wie in Deutschland.

Das heißt, die Zahl der Lohn- und Einkommenssteuerzahler geht deutlich zurück. Deswegen ist Deutschland ein Staat, bei dem die Schuldenproblematik schnell gelöst werden muss, weil sie für die nächsten Generationen sonst nicht mehr lösbar sein wird. Deutschland ist Teil im europäischen Team, mitten im Feld, mittendrin, und Deutschland ist im besonderen Maße an einer gemeinsamen Lösung interessiert.

Mir fällt auf, dass bei uns derzeit viel und zu Recht über Haushaltsrisiken gesprochen wird, in Bezug auf die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Europäische Zentralbank (EZB). Dies ist alles nachvollziehbar. Natürlich ist klar, dass hier Risiken bestehen. Aber dabei werden meines Erachtens drei Faktoren verdrängt:

Faktor 1: Derzeit verdient Deutschland daran, dass es Geberland ist. Indem Deutschland Geld ausleiht, Zinsen bekommt, die höher als die Refinanzierung sind, ist die EFSF derzeit ein Unternehmen mit Gewinn. Noch hat Deutschland keinen Euro verloren, aber schon Millionen Euro durch höhere Habenzinsen, als die Refinanzierung ausmacht, verdient. Also Aktion Eichhörnchen: Deutschland hat einiges angelegt für sein späteres Haftungsrisiko in der solidarischen Union.

Faktor 2: Niemand erwähnt, dass sich Deutschland derzeit auf dem Kapitalmarkt deswegen so gut refinanziert, weil deutsche Staatsanleihen gegenüber anderen europäischen Staatsanleihen an Bonität gewonnen haben. Das heißt, indem die anderen teurer geworden sind, sind deutsche Anleihen im Umkehrschluss günstiger und besser geworden. 2 Prozent, 2,2 Prozent für zehnjährige Staatsanleihen war vor einigen Jahren noch nicht denkbar. Das heißt, Deutschland spart mit jedem Jahr der Umschuldung 1 bis 1,5 Prozent langjährig. Das heißt Deutschlands künftige Schuldzinsen werden weniger, weil wir Teil der europäischen Veranstaltung sind.

Faktor 3: Unsere deutsche Industrie finanziert sich in starkem Maße durch Unternehmensanleihen und braucht deswegen keine Banken mehr. Deutsche Unternehmensanleihen, egal ob Siemens, Daimler oder Volkswagen und andere stehen deswegen so gut da, weil es für ihre Anleihen mehr Investoren, Finanzanleger gibt – und dies nicht zuletzt auch wegen der schlechten Umgebungsstruktur europäischer Staatsanleihen.

Das heißt: sowohl unsere Wirtschaft ebenso wie Deutschland selbst finanziert sich günstiger als jemals zuvor, weil die anderen sich schwer tun. Dies ist ein indirekter, nicht beabsichtigter, aber eingetretener Standortvorteil für den deutschen Haushalt, die Länderhaushalte, die Kommunalhaushalte sowie die Haushalte und die Emissionspläne der deutschen Industrie. Darüber wird im Regelfall nicht gesprochen. Dass mein Heimatunternehmen Daimler derzeit für eine Unternehmensanleihe 3,5 Prozent Zinsen bezahlt und noch vor wenigen Jahren 7 Prozent Zinsen gezahlt hat, bedeutet für die Wettbewerbsfähigkeit von Daimler, für die laufende Finanzierung, für künftige Investments einen grandiosen Startvorteil, der aber in diese volkswirtschaftliche Bilanzbetrachtung nicht einbezogen wird.

Der nächste Vorteil: Außenhandel/Exportwirtschaft. Die Europäische Union ist auf zwei Säulen aufgebaut. Friedensunion einerseits, indem Schuman, Monnet und De Gasperi nur wenige Jahre nach dem von Deutschland begonnenen, verschuldeten und verlorenen Krieg ein Angebot gemacht haben. Montanunion, das war die Gründungsidee der Europäischen Gemeinschaft und der heutigen Europäischen Union. 1951 entwickelt, 1952 in Kraft getreten und seitdem gibt es neben der Friedensunion, der Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland und dem Ziel eines dauerhaften Friedens auf dem Kontinent, die zweite Säule, den Binnenmarkt. Das heißt, einen Binnenmarkt für Waren und Güter, für Dienstleistungen, Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Unternehmer, für die Menschen Europas, wie es keinen zweiten Binnenmarkt weltweit gibt. Es ist der größte globale Markt, den es gibt. Es ist ein Binnenmarkt für 500 Millionen Menschen – und weitere werden in den nächsten Jahren hinzukommen – und im Energiebereich mit Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, aber Teil unseres Energie-Europas – Norwegen, die Schweiz, die Türkei, der Westbalkan und andere. Indem in diesem Binnenmarkt mit vielen Mitgliedstaaten auch die Währung nicht gewechselt werden muss, keine Transformationskosten entstehen, indem es keine zeitlichen Verzögerungen und Verwaltungsaufwendungen gibt, keine Zollschranken, keine Protektionsmaßnahmen, wird der Staat davon am stärksten begünstigt, der mehr ausführt, als er einführen muss: Deutschland.

Deutschland hat den größten Vorteil durch diesen Binnenmarkt, und es hat den größten Vorteil von der Eurozone im Binnenmarkt, zumal ich glaube, dass ohne den Euro der Binnenmarkt nicht mehr stabil in die Zukunft ginge. Das eine bedingt das andere. Ob die europäische Idee am Ende wäre, wenn der Euro am Ende wäre – was nicht kommen wird – sei dahingestellt, aber zu glauben, dass der Binnenmarkt noch wie bisher funktioniert, wenn die Währung infrage steht, das halte ich in jedem Fall für undenkbar.

Deswegen ist meine Bitte eine doppelte: dass wir einerseits nicht nur auf die Absteigerplätze schauen, sondern einsehen, dass es durchaus auch bessere Staaten als Deutschland in der Eurozone gibt und dass wir andererseits neben der rein fiskalischen Betrachtung der Budgetrisiken im Bundeshaushalt auf die Vorteile für die Refinanzierung, mittel- und langfristig auf die Vorteile für die deutsche Industrie in der Unternehmensanleihe, die attraktiv und günstig geworden ist, auf die Vorteile für die Gesamtwirtschaft achten, die vom Export ohne Schranken und ohne Kosten profitiert.

Bei dieser Betrachtung bleibt der ganz herausragende, weil nie in Euro und Cent zu berechnende Vorzug der Europäischen Friedensunion noch außen vor. Diese Dividende ist im Grunde genommen unbezahlbar. Ich sage dies im Lichte meines Heimatlandes, Baden-Württemberg: Wir waren immer Kriegszone. Bei uns wurden die Kriege geführt. Wir haben sie erlitten oder verschuldet – die Schäden waren da.

Napoleon kam, hat Baden zum Großherzogtum und Württemberg zum Königreich gemacht, die Habsburger zurückgedrängt, Vorderösterreich integriert, die Pfalz integriert, die Kirchen- und Klöstergüter integriert. Von 20.000 Soldaten, die mit in den Krieg gegen Russland gezogen sind, kamen 18.000 nicht mehr lebend zurück. Deswegen, selbst wenn der Reichtum, die Wohlhabenheit Deutschlands nicht mehr wachsen, sondern stagnieren würden, hätte meine Generation davon einen unglaublichen historischen Vorzug.

Wir werden die erste Generation sein, die im Frieden geboren worden ist und die im Frieden sterben darf. Wir werden die erste Generation sein, die in Frieden und in Freiheit die Schul- und Berufswahl getroffen hat, 40 Jahre lang Hände- und Kopfarbeit geleistet hat und dann unser so erarbeitetes Erbe und Vermächtnis an unsere Kinder übergeben darf. An unsere

Kinder, die nicht auf dem Schlachtfeld gestorben sind, ein Erbe, das nicht durch Bomben zerstört worden ist. Dies ist ein unglaubliches Glück. Wir können es nicht hoch genug schätzen.

Diesem Privileg gegenüber haben wir mitunter eher Unlust am Dasein. Wir haben allen Grund, glücklich zu sein. Dieses Glück ist aber zwingend mit dem Binnenmarkt, dem gemeinsamen Aufbau von wirtschaftlichem Erfolg und mit der Friedensunion Europas verbunden. Wir müssen raus aus der reinen Betrachtung des Budgetrisikos, hinein in die gesamtwirtschaftliche Position: Das muss in diesen Tagen der Aufbruch Deutschlands mit Blick auf 2012 sein.

Eine europäische Strategie für Energie als Standortfaktor in der Industrie

Energie wird dabei eine immer wichtiger werdende Grundlage. Wir sind mitten in der Europäisierung der Energiepolitik. Die drei Rechtsgrundlagen für die Europäisierung der Energiepolitik sind: erstens die Entscheidung für einen Binnenmarkt für Strom und Gas, der noch nicht vollendet ist; zweitens die entsprechenden Kompetenzen im Vertrag von Lissabon, der den europäischen Organen Vollkompetenz zur europäischen Gesetzgebung gibt – einzige Ausnahme ist der Energiemix; drittens der Euratom-Vertrag, der immer noch eine weitere Grundlage ist, die seit Jahrzehnten besteht.

Wir sind in der Europäisierung der Energiegesetzgebung und ich glaube, dass sie auch notwendig ist. Nehmen wir mal alle energetischen Verbrauchsmedien: bei Gas, Kohle, Öl, Biomasse und Uranium sind wir derzeit zu 55 Prozent von Importen aus Drittstaaten abhängig. Wir können mit erneuerbaren Energien wachsen, wie wir wollen und wir können die Energieeffizienz steigern, wie wir wollen – unsere Importabhängigkeit nimmt trotzdem zu. Dies aus zwei Gründen: zum einen, weil die Rohstoffe in Europa zu Ende gehen oder deren Produktion nicht rentabel ist. Zum zweiten, weil unsere Verbrauchsmengen noch steigend sind; nicht in Deutschland, aber in manch' anderen Mitgliedstaaten besteht Nachholbedarf an Mobilität, an Helligkeit, an Wohnraumgröße, an Infrastruktur, an Lebensqualität. Steigender Bedarf und sinkende Eigenressourcen heißt steigender Import, der um 70 und mehr Prozent unserer Gesamtverbrauchsmengen wachsen wird.

Es kommt ein Punkt hinzu: Die Staaten, aus denen wir Energie beziehen, haben in vielen Fällen eine andere Kultur als wir, was Demokratie, Rechtsstaat, Vertragsfreiheit, Eigentumsfreiheit, Transparenz und Marktwirtschaft anbelangt. Da musste man nicht in den letzten Monaten die schrecklichen Bilder von Tripolis und Libyen betrachten, da reichen andere Beispiele seit Jahr und Tag aus. Klar ist, bei allem Respekt und in guter Partnerschaft, die russischen Partner sehen in der Tatsache, dass sie der größte Öllieferant Europas sind, vor Saudi-Arabien – nur alle OPEC-Staaten gemeinsam liefern mehr Öl nach Europa als Russland –, der größte Gaslieferant und der größte Kohlenlieferant sind, nicht nur Umsätze und Ertrag, sondern auch Politik. Energie und Energieinfrastruktur sind ein wichtiges Instrument der russischen Europapolitik und deswegen, wenn man nicht das Spiel ‚divide et impera‘ von Moskau akzeptieren will, braucht man die Genossenschaft Europas, muss man die Kräfte bündeln: Man braucht eine gemeinsame europäische Energiestrategie.

Die deutsche Energiewende ist Tatsache und wird von niemandem infrage gestellt. Italien hat eine ähnliche Energieentscheidung getroffen, wenn auch nicht von vergleichbarem Gewicht. In Deutschland geht es darum, dass wenn einmal das letzte Kernkraftwerk in neun Jahren geschlossen wird, 23 Prozent unserer gesamten Stromproduktion nicht mehr vorhanden sind. In Italien geht es nur darum, dass der Einstieg in die Kernkraft, der Bau erster

Kernkraftwerke, in einem Referendum abschlägig entschieden worden ist. Das heißt Italien bleibt ohne Kernkraft, Deutschland wird bald ohne Kernkraft sein.

Zur Skizzierung der Ziele unserer europäischen Energiepolitik seien drei Stichworte erwähnt: erstens Versorgungssicherheit, zweitens Nachhaltigkeit, drittens Bezahlbarkeit. Bei allen Zielen sind die Herausforderungen in Italien und Deutschland gleichgroß.

Versorgungssicherheit: In Deutschland fehlen in neun Jahren 23 Prozent der eigenen Stromproduktion, in Italien kommen keine prozentualen Kernkraftstrommengen hinzu. Italien ist jetzt ein starker Importstaat, Deutschland läuft Gefahr ein Importstaat von morgen zu sein. Wir haben in beiden Ländern für unsere Industrie ein bemerkenswert hohes Maß an Versorgungssicherheit. Nur die Älteren kennen noch Versorgungsengpässe, das war die Ölkrise im Jahre 1973 mit Sonntagsfahrverbot. Und da man damals nicht von den Scheichs anhängig werden wollte, hat Willy Brandt gemeinsam mit CDU/CSU und FDP den Bau von Kernkraftwerken als Lösung gesehen. Die Ölkrise war der Ausgangspunkt für den Aufbau einer nennenswerten ‚Kernkraft-zu-Strom-Strategie‘. Seitdem haben wir Energie in der Qualität des Bedarfs, am Ort des Bedarfs immer gehabt. Alle Stromausfälle in Deutschland summieren sich auf 10, 12, 13 Minuten im Jahr. Das beste Argument, das die Energieunternehmen haben könnten, wäre, dass Strom immer da ist. Während die Industrie weiß, dass in den USA, in Kanada, in Malaysia, in China und in Brasilien unregelmäßig, häufig längere Stromausfälle vorkommen. Die europäische Industrie ist darauf angewiesen, dass Energie kommt, dass namentlich Strom zur Verfügung steht. Franz Fehrenbach hat vor wenigen Wochen in Reutlingen ein neues High-Tech-Leiterplattenwerk eingeweiht, seine einzige Sorge war: „Bitte keinen Stromausfall.“ Da geht es nicht um Minuten und Stunden, in denen der Stromausfall Produktionsstillstand bedeutet, da geht es um die Wochen der Reparatur danach. Aurubis in Hamburg ist Nummer Eins in Sachen Kupferherstellung, wenn dort der Strom einige Stunden fehlt, wird danach ein Vierteljahr lang Reparaturarbeit zu machen sein, weil man halbgares Kupfer mit Hammer und Meißel aus den Produktionsanlagen herausarbeiten muss. Fazit: Die Sicherheit, dass Strom rund um die Uhr fließt, ist ein entscheidender Standortfaktor für unsere europäische Industrie.

Die Versorgungssicherheit ist nicht in Gefahr, aber die Herausforderung wächst, da geht es um Grundlastfähigkeit: 8.700 Stunden im Jahr. Ein Kohlekraftwerk ist grundlastfähig und es gibt immer genügend Kohle im Hof. Ein Kernkraftwerk war grundlastfähig, rund um die Uhr. Laufwasserkraftwerke am Rhein sind immer grundlastfähig, weil Rhein und Wasser eine Einheit sind. Pumpspeicherung kann der Mensch abrufen, sie ist von Menschenhand gestaltbar, aber die Verfügbarkeit von Sonne und Wind ist deutlich unsicherer. Von daher gilt: Wenn der Anteil der Solarenergie an der Stromerzeugung 1 Prozent beträgt und jener der Windenergie 3 Prozent, ist das ganze kein Problem. Wenn aber der Anteil auf 4 respektive 5 Prozent oder 10 Prozent beziehungsweise 20 Prozent steigt, also Strom aus Sonne oder Wind ein Drittel der Gesamtproduktion ausmachen soll, bekommt man ein Versorgungssicherheitsproblem.

Im Jahr 2010 hat Deutschland Tage mit negativem Strompreis gehabt. Was heißt das? Das heißt, dass die Sonne scheint, der Wind weht, aber dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Industrie ruht und zu viel Strom im Netz aufkommt. Das Netz ist damit in Gefahr. Also haben die Netzbetreiber Strom nach außen verkauft mit negativem Preis, also noch draufbezahlt. Das wäre, wie wenn der Milchbauer im Allgäu seine Milch nicht verkaufen kann, und bevor sie ranzig wird, verschenkt er sie und gibt noch einen Trollinger kostenfrei mit, damit der andere die Milch überhaupt abnimmt. Kein wirklich überzeugendes Geschäftsmodell.

Die umgekehrte Situation könnte an einem Wintertag eintreten: es ist klirrend kalt, Nebel herrscht, es geht kein Wind, die Sonne scheint nicht, die Industrie brummt und zuhause sind die Öfen an, weil man die Plätzchen backen will. Jeder Prozentpunkt mehr am Anteil, den Wind- und Sonnenenergie an der Stromerzeugung haben, heißt, dass Versorgungssicherheit eine steigende Herausforderung wird, die man besser in einem europäischen Verbund mit Wind im Norden, Sonne im Süden, als mit einer reinen Autarkie eines Bundeslandes lösen kann.

Ich rate daher von regionaler und lokaler Autarkie eher ab, zumal man wissen muss: Von 100 Prozent des deutschen Stromverbrauchs werden in den Privathaushalten nur 25 Prozent verbraucht. 46 Prozent des Stroms in Deutschland verbraucht die Industrie, ist somit für Arbeitsplätze notwendig, und der Rest ist für die öffentliche Infrastruktur, wie Unikliniken, Messezentren, Flughäfen und die Bahn. Was wir mit Photovoltaik zu Hause veranstalten, mag für die warme Badewanne richtig und vielleicht für den Strom im Haus denkbar sein, aber es hilft nicht, wenn es um den Bahnstrom geht und die Industrie. Die Menge im Haushalt ist nicht das Problem, die Menge in der Infrastruktur und der Industrie sind die eigentliche Dimension.

Ein Industriearbeitsplatz fordert heute eine vielfache Menge an Strom, der sicher kommen und bezahlbar bleiben muss. Öl hat einen Weltmarktpreis: Da mag das Barrel Öl mit 110 bis 115 US-Dollar teuer sein und vielleicht auf 120 US-Dollar und höher steigen, dann dämmt dies die Weltkonjunktur, dies ist eine Delle für die Welt, aber nicht für Europa, Italien und Deutschland speziell. Dasselbe gilt für Kohle und den Weltmarktpreis, Gas und den Spotmarktpreis und zunehmend einem eigenständigen Marktpreis. Aber Strom hat keinen Weltmarktpreis und der Strompreis in Italien und Deutschland gehört zu den höchsten der Welt.

Auch hier haben wir ein gemeinsames Thema: Der Strompreis für die Industrie und den kleinen Privathaushalt in Italien und in Deutschland. Wir werden erleben, dass der Strompreis zu einem hoch brisanten Thema werden wird. Zum einen, weil Strom nicht mehr für alle bezahlbar bleiben wird. Der bisherige Energieminister Belgiens, Paul Magnette, ein Sozialist, ein kluger Kopf, spricht von der Gefahr der Spaltung der Gesellschaft und Energiearmut, weil der Industriearbeitsplatz durch die Stromkosten nicht mehr haltbar ist.

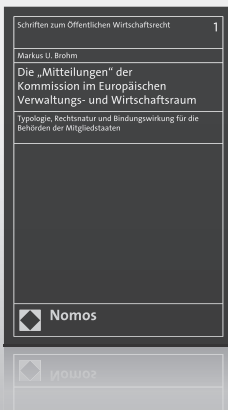
Deutschland ist derzeit schon im Prozess der Deindustrialisierung energieintensiver Industrien. Stahl-, Kupfer-, Aluminium-, Karbon-, Keramik-, Kunststoffe generell, Papier- und Nahrungsmittelindustrie. In diesen Branchen hat vor 20 Jahren der Faktor Arbeitskosten die entscheidende Rolle gespielt. Als die Mauer fiel, als es neue Staaten mit Marktwirtschaft gab, musste die Industrie zum Teil mit der Vorlieferung oder gar ganz mit der Fertigung dorthin gehen: Ungarn, Rumänien oder gleich nach Asien. Diese Entwicklung wurde weitgehend gestoppt durch Automation, durch Qualifikation, durch längere Wochen- und Lebensarbeitszeit, durch Flexibilisierung der Arbeit, durch Stunden, die man angespart und wieder zurückgezahlt hat usw., durch kluge Gewerkschaften und Arbeitgeber, durch maßvolle Tarifentscheidungen und durch die Agenda 2010.

Ich behaupte, das Hauptthema bei Entscheidungen für den Standort oder gegen den Standort werden Rohstoffe und ihre Kosten, Energie und ihre Kosten und Strom im Besonderen und seine Kosten sein, weil es andere Standorte in der Welt mit deutlich günstigeren Stromaufwendungen gibt.

Für den Strompreis in Deutschland gilt, die eine Hälfte bestimmt der Markt, 52 Prozent sind marktgeprägt, durch Abschreibungen, Dividenden, Gehälter, Löhne, Transportkosten, aber 48 Prozent des deutschen Strompreises sind getrieben von der Politik. Das sind die

allgemeinen Steuern auf Umsatz und Ertrag und es gibt erfindungsreiche Repräsentanten im Deutschen Bundestag oder die Haushaltsabteilung im Bundesministerium der Finanzen. Das fängt auf örtlicher Ebene an, Konzessionsgebühren stehen in keinem Grundgesetz. Auf Bundesebene gibt es Kraft-Wärme-Kopplung, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Ökosteuern, Stromsteuer und Brennelementesteuerung. Das heißt, wir stehen in der Gefahr, dass unsere deutsche Gebührenpolitik den Strom so verteuert, dass die Industrie gehen muss.

Deswegen auch hier, und damit abschließend, brauchen wir eine europäische Strategie. Jede Solarplatte im Süden Italiens, in Griechenland, in Spanien oder Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien wäre weit kosteneffizienter als im Harz oder im Bayerischen Wald. Wir sind in Deutschland so klug, dass wir bei zwei Dachhälften Photovoltaik nur auf der einen Dachhälfte aufschrauben, der Sonnenhälfte, aber so unklug, nicht zu sehen, dass es Millionen von Dächern in Europa gibt, die sonniger als unsere Dächer stationiert sind. Nur ein Politiker hat einmal das Geschäftsmodell ‚Alaska und Ananas züchten‘ gesehen, Franz Josef Strauß: Er hat es nicht gemacht. Kein Bauer in Deutschland kommt auf die Idee, Orangenbäume zu pflanzen, weil man bei uns Orangen wegen fehlender Sonne nicht produzieren kann. Aber beim Thema Photovoltaik wird in Deutschland das Gegenteil versucht. In Deutschland gibt es 800 für die Stromproduktion geeignete Jahresstunden, im Süden sind es 2.000, in Marokko sogar 2.500. Der Kaufmann wüsste, wo er investiert, die Politik reizt zu Lasten des Stromverbrauchers mit hohen Kosten das Gegenteil aus. Auch hier brauchen wir eine europäische arbeitsteilige Energiestrategie – an Standorten mit Wind im Norden und mit Sonne im Süden. Im Grunde genommen ist auch hier eine Möglichkeit für eine italienisch-deutsche und somit europäische Partnerschaft.



Die „Mitteilungen“ der Kommission im Europäischen Verwaltungs- und Wirtschaftsraum

Typologie, Rechtsnatur und Bindungswirkung für die Behörden der Mitgliedstaaten

Von Markus U. Brohm

2012, 216 S., brosch., 56,- €

ISBN 978-3-8329-6968-4

(Schriften zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht, Bd. 1)

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14067



Nomos